

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hartung (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit

Zuschüsse an Kooperationsprojektpartner für Maßnahmen im Bereich der Gewaltprävention im Haushaltsjahr 2009

Die **Kleine Anfrage 270** vom 28. Januar 2010 hat folgenden Wortlaut:

Im Einzelplan 08 Kapitel 08 24 sind in Titel 684 82 die Ausgaben für Zuschüsse an Kooperationsprojektpartner für Maßnahmen im Bereich der Gewaltprävention etatisiert und in den Erläuterungen in vier Untertitel aufgeteilt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viel Geld wurde im Kalenderjahr 2009 jeweils für die einzelnen Untertitel ausgezahlt?
2. Woraus resultieren etwaige Abweichungen der ausgezahlten Beträge von den in den Erläuterungen im Haushaltsplan 2009 im Einzelnen angegebenen jeweiligen Summen?
3. An welche einzelnen Kooperationsprojektpartner Gewaltprävention wurden im Haushaltsjahr 2009 welche jeweiligen Beträge für welche Maßnahmen aus Untertitel 1 ausgezahlt?
4. Wie schätzt die Landesregierung den Erfolg der in den Untertiteln 3 und 4 genannten Maßnahmen insgesamt und in Bezug auf die Höhe der finanziellen Beteiligung des Freistaats Thüringen ein?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. März 2010 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Aus Kapitel 08 24 Titel 684 82 wurden im Haushaltsjahr 2009 gemäß der Unterteilung in den Erläuterungen Landesmittel in folgender Höhe ausgezahlt:

1. Kooperationsprojektpartner Gewaltprävention	312.853 Euro
2. Leitstelle Interventionsarbeit	339.115,08 Euro
3. Landesanteil Bundesprogramm Beratungsnetzwerke	159.300 Euro
4. Landesbeteiligung Projekt der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST)	190.000 Euro

Zu 2.:

Abweichungen der ausgezahlten zu den in den Erläuterungen genannten Beträgen, welche unverbindlichen Charakter haben, ergaben sich aus den Antragstellungen. Der Landtag wurde über die Einwilligung des Thüringer Finanzministeriums in die Leistung von überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 220 000 Euro aus Kapitel 08 24 Titel 684 82 im Zuge des Ausbaus der Bekämpfung der politisch motivierten Gewalt unterrichtet. Der Ansatz wurde um weitere 30 000 Euro aus Kapitel 08 24 Titel 546 82 im Rahmen der Deckungsfähigkeit verstärkt.

Zu 3.:

Die im Haushaltsjahr 2009 geförderten Träger und Maßnahmen sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Zuwendungs-empfänger	Projekt	Zuwendungsbetrag in Euro
Landessportbund Thüringen e.V.	"Beratungsstelle für Koordinierung und Beratung von Gewaltprävention und Bekämpfung von Extremismus im Sport in Thüringen"	92.500
Arbeit und Leben Thüringen e.V.	"Sozial kompetent in der Ausbildung"	69.500
Fan-Projekt Jena e.V.	"Prävention von Gewalt und Rechtsextremismus im Umfeld von Sportveranstaltungen"	55.000
Maria Pawlowna Gesellschaft e.V.	"Europäisches Forum. Junge Leute. Heute ... Nationalsozialismus, Politischer Extremismus, Antisemitismus"	33.000
free action e. V.	"Soccer-Tour & girlskick - Spaß ohne Gewalt"	26.850
Drudel 11 e.V.	"Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt, Thüringer Beratungsdienst für Eltern, Kinder und Jugendliche"	11.503
Mobit e.V.	"Thüringen gemeinsam gegen Rechtsextremismus"	10.000
Karate Do Arnstadt e. V.	"Projekt Do - Wege ohne Gewalt"	8.000
Anne Frank Zentrum Berlin	"Anne Frank - eine Geschichte für heute. Demokratiekompetenz vor Ort"	6.500

Zu 4.:

Der Erfolg der Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms "kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus" und des Projekts "Perspektivwechsel - Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit" der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) im Rahmen des Bundesprogramms "Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" kann noch nicht abschließend bewertet werden, da die Projekte und der Evaluationsprozess nicht abgeschlossen sind.

Die Landesregierung begrüßt das finanzielle Engagement des Bundes insbesondere in den neuen Ländern in der Sorge vor einem Erstarken rechtsextremer Gruppierungen und erwartet dessen Verstärkung. Die Landesregierung sieht sich mit der Bundesregierung in gemeinsamer Verantwortung bei der Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und dem Eintreten für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Taubert
Ministerin